

Protokoll 168. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 27. März 2013, 17.00 Uhr bis 21.07 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Philipp Käser (GLP), Maleica Landolt (GLP), Kathy Steiner (Grüne), Jean-Claude

Virchaux (CVP), Gian von Planta (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	2010/153 *	Weisung vom 20.03.2013: Motion der SP-Fraktion, SVP-Fraktion und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung	FV
3.	2013/86 * E	Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Peider Filli (Grüne) vom 13.03.2013: Gesundheits- und Umweltdepartement, Aufbau eines Stellenpools mit Pflegefachkräften	VGU
4.	2013/87 * E	Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Tamara Lauber (FDP) vom 13.03.2013: Casino Zürich, bessere Erschliessung mit Taxis	PV
5.	2013/88 * E	Postulat von Guido Hüni (GLP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2013: Verzicht auf die Verwendung von Fleisch aus in- und ausländischer Massentierhaltung in den städtischen Verpflegungsbetrieben sowie vermehrtes Angebot an vegetarischen Menüs	VGU
6.	2013/47	Beschlussantrag der GPK vom 06.02.2013: Fachschule Viventa, Bericht und Anträge der GPK	
7.	2005/297	Weisung 368 vom 13.07.2005: Motion der SP-Fraktion vom 21.03.2001 betreffend Kinder- betreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte, Antrag auf Abschreibung	FV

8.	2012/14	E/A	Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) vom 18.01.2012: Ermittlung und Bekanntgabe der Kosten für die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse	FV
9.	2012/71	E/A	Motion von Alan David Sangines (SP) und Christine Seidler (SP) vom 29.02.2012: Gewährleistung eines Gesundheitsschutzes bei Mutterschaft, der dem Schutzniveau des Arbeitsgesetzes entspricht	FV
10.	2012/77	Α	Motion von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 07.03.2012: Plafonierung der Personalkosten für eine Zeitdauer von 3 Jahren	FV
11.	2012/131	A/P	Motion von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 28.03.2012: Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen	FV
12.	2012/175	E/A	Postulat von Daniel Meier (CVP) und Florian Utz (SP) vom 18.04.2012: Abgabe von städtischem Land nur für als Erstwohnsitz genutzten Wohnraum	FV
13.	2012/247	A/P	Motion von Dr. Pawel Silberring (SP) und Renate Fischer- Schmitt (SP) vom 13.06.2012: Abgabe des Areals WO6502 in Wollishofen im Baurecht an eine Trägerschaft für den Bau eines Gewerbehauses	FV
14.	2012/263		Interpellation von Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Severin Pflüger (FDP) und 23 Mitunterzeichnenden vom 20.06.2012: Ausnutzung neu bebauter Grundstücke der gemeinnützigen Wohnbauträger	FV
15.	2012/265	E/A	Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 25.06.2012: Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123, Auflösung des Schenkungsversprechens	FV
16.	2012/349	Α	Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.09.2012: Abwicklung der IT-Projekte der Departemente und Dienstabteilungen unter der Führung der OIZ	FV
24.	2012/329	A	Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom 05.09.2012: Temporäre Nutzung von Parkplatzflächen in Begegnungszonen oder an Strassen in Tempo-30-Zonen für die Bewirtung von Gästen während der Ferienzeit	PV

25.	2012/338	Α	Postulat von Urs Fehr (SVP) und Heinz Schatt (SVP) vom 12.09.2012: Effizientere Bewirtschaftung der Bootsplätze und Bojen im Zürcher Seebecken	PV
26.	2012/348	Α	Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Guido Bergmaier (SVP) vom 19.09.2012: Quartierwache Höngg, Gewährleistung einer definierten, durchgehenden Öffnungszeit	PV
27.	2012/394	Α	Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Guido Hüni (GLP) vom 31.10.2012: Verhinderung einer Weitervererbung oder einer Untervermietung von Schiffstandplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich	PV
28.	2012/493	Α	Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 19.12.2012: Neugestaltung Röschibachplatz, Verzicht auf die Einbahn-Verkehrsführung	PV
29.	2013/39	E/A	Postulat von Alan David Sangines (SP) und Mario Mariani (CVP) vom 06.02.2013: Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten	PV
			* Keine materielle Behandlung	

Mitteilungen

3763. 2013/93

Ratsmitglied Theo Hauri (SVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Theo Hauri (SVP 11) auf den 27. März 2013 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

Geschäfte

3764. 2010/153

Weisung vom 06.06.2012:

Motion der SP-, SVP- und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 25. März 2013

3765. 2013/86

Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Peider Filli (Grüne) vom 13.03.2013: Gesundheits- und Umweltdepartement, Aufbau eines Stellenpools mit Pflegefachkräften

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Roland Scheck (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3766. 2013/87

Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Tamara Lauber (FDP) vom 13.03.2013: Casino Zürich, bessere Erschliessung mit Taxis

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3767. 2013/88

Postulat von Guido Hüni (GLP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2013:

Verzicht auf die Verwendung von Fleisch aus in- und ausländischer Massentierhaltung in den städtischen Verpflegungsbetrieben sowie vermehrtes Angebot an vegetarischen Menüs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Tamara Lauber (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3768. 2013/47

Beschlussantrag der GPK vom 06.02.2013: Fachschule Viventa, Bericht und Empfehlungen der GPK

Die GPK beantragt dem Gemeinderat:

1. Der Bericht der GPK betreffend Fachschule Viventa vom 22. Oktober 2012 wird zur Kenntnis genommen.

- 2. Die Empfehlungen der GPK im genannten Bericht werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Die Schulkommission der Fachschule Viventa wird beauftragt, in Ergänzung zu ihrer Stellungnahme vom 7. Januar 2013 innert einem Jahr dem Gemeinderat über die Entwicklung der Fachschule Viventa Bericht zu erstatten und bis dahin die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Anpassungen der Fachschule Viventa vorzunehmen.

Referent zur Vorstellung des Berichts: Peter Küng (SP)

Andreas Kirstein (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgende Änderungsanträge zu den Dispositivziffern 2 und 3:

- 2. Die Empfehlungen der GPK im genannten Bericht werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 3. Die Schulkommission der Fachschule Viventa wird beauftragt, in Ergänzung zu ihrer Stellungnahme vom 7. Januar 2013 innert einem Jahr dem Gemeinderat über die Entwicklung der Fachschule Viventa Bericht zu erstatten und bis dahin die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Anpassungen der Fachschule Viventa vorzunehmen.

Änderungsantrag der AL-Fraktion zu Dispositivziffer 2

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 112 gegen 5 Stimmen zu.

Änderungsantrag der AL-Fraktion zu Dispositivziffer 3

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 112 gegen 5 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Beschlussantrag zu den Dispositivziffern 1-3

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

- 1. Der Bericht der GPK betreffend Fachschule Viventa vom 22. Oktober 2012 wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Empfehlungen der GPK im genannten Bericht werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Die Schulkommission der Fachschule Viventa wird beauftragt, in Ergänzung zu ihrer Stellungnahme vom 7. Januar 2013 innert einem Jahr dem Gemeinderat über die Entwicklung der Fachschule Viventa Bericht zu erstatten und bis dahin die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Anpassungen der Fachschule Viventa vorzunehmen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. April 2013

3769. 2005/297

Weisung 368 vom 13.7.2005:

Motion der SP-Fraktion vom 21.3.2001 betreffend Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte, Antrag auf Abschreibung

Antrag des Stadtrats:

- Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Elternbeitrag und die subventionierten Leistungen für städtische Angestellte im Rahmen der Verordnung zu Art. 2^{bis} GO regeln und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorlegen wird.
- Die Motion (GR 2001/165) der SP-Fraktion betreffend Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte vom 21. März 2001, wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung des Weisung: Kathrin Wüthrich (SP)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die SK FD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Elternbeitrag und die subventionierten Leistungen für städtische Angestellte im Rahmen der Verordnung zuArt. 2^{bis} GO geregelt hat (Genehmigung mit Gemeinderatsbeschluss vom 28. Mai 2008).

Zustimmung:

Präsident Severin Pflüger (FDP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Kathrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die SK FD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Zustimmung:

Kathrin Wüthrich (SP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Zustimmung:

Kathrin Wüthrich (SP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

- Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Elternbeitrag und die subventionierten Leistungen für städtische Angestellte im Rahmen der Verordnung zu Art. 2^{bis} GO geregelt hat (Genehmigung mit Gemeinderatsbeschluss vom 28. Mai 2008).
- Die Motion (GR 2001/165) der SP-Fraktion betreffend Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte vom 21. März 2001, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. April 2013

3770. 2012/14

Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) vom 18.01.2012: Ermittlung und Bekanntgabe der Kosten für die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Hungerbühler (CVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2232/2012).

Urs Fehr (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 1. Februar 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 10 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3771. 2012/71

Motion von Alan David Sangines (SP) und Christine Seidler (SP) vom 29.02.2012: Gewährleistung eines Gesundheitsschutzes bei Mutterschaft, der dem Schutzniveau des Arbeitsgesetzes entspricht

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Alan David Sangines (SP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2392/2012).

Urs Fehr (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. September 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Die Motion wird mit 94 gegen 24 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Motion von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 07.03.2012: Plafonierung der Personalkosten für eine Zeitdauer von 3 Jahren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2405/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 24 gegen 96 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3773. 2012/131

Motion von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 28.03.2012: Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2521/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Markus Knauss (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Das Postulat GR Nr. 2013/107 (statt Motion GR Nr. 2012/131, Umwandlung) wird mit 78 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3774. 2012/175

Postulat von Daniel Meier (CVP) und Florian Utz (SP) vom 18.04.2012: Abgabe von städtischem Land nur für als Erstwohnsitz genutzten Wohnraum

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2622/2012).

Urs Fehr (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Mai 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 68 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Motion von Dr. Pawel Silberring (SP) und Renate Fischer (SP) vom 13.06.2012: Abgabe des Areals WO6502 in Wollishofen im Baurecht an eine Trägerschaft für den Bau eines Gewerbehauses

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Pawel Silberring (SP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2814/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Dr. Pawel Silberring (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2013/108 (statt Motion GR Nr. 2012/247, Umwandlung) wird mit 75 gegen 42 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3776. 2012/263

Interpellation von Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Severin Pflüger (FDP) und 23 Mitunterzeichnenden vom 20.06.2012:

Ausnutzung neu bebauter Grundstücke der gemeinnützigen Wohnbauträger

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 23 vom 16. Januar 2013).

Cäcilia Hänni-Etter (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3777. 2012/265

Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 25.06.2012: Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123, Auflösung des Schenkungsversprechens

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2886/2012).

Dr. Davy Graf (SP) begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 11. Juli 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 73 gegen 44 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.09.2012: Abwicklung der IT-Projekte der Departemente und Dienstabteilungen unter der Führung der OIZ

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3111/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 26 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3779. 2012/329

Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom 05.09.2012: Temporäre Nutzung von Parkplatzflächen in Begegnungszonen oder an Strassen in Tempo-30-Zonen für die Bewirtung von Gästen während der Ferienzeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Guido Trevisan (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3045/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 65 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3780. 2012/338

Postulat von Urs Fehr (SVP) und Heinz Schatt (SVP) vom 12.09.2012: Effizientere Bewirtschaftung der Bootsplätze und Bojen im Zürcher Seebecken

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Urs Fehr (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3075/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Marco Denoth (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine bessere Bewirtschaftung der Bootsplätze inkl. Bojen im Zürcher Seebecken erzielt werden kann. Speziell sollen die Vorschriften über das Stationieren von Schiffen auf dem Gebiet der Stadt Zürich (747.110) so geändert werden, dass mehr Anreize bestehen, Schiffe gemeinsam zu nutzen und nicht mehr fahrtüchtige Boote schneller von den Standplätzen zu entfernen. Zudem soll geprüft werden, ob die Kontrolle zur Einhaltung der geltenden Vorschriften intensiviert werden kann- insbesondere, was die Untervermietung von Bootsplätzen betrifft.

Urs Fehr (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 104 gegen 14 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3781. 2012/348

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Guido Bergmaier (SVP) vom 19.09.2012: Quartierwache Höngg, Gewährleistung einer definierten, durchgehenden Öffnungszeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Martin Bürlimann (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3110/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 31 gegen 86 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3782. 2012/394

Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Guido Hüni (GLP) vom 31.10.2012: Verhinderung einer Weitervererbung oder einer Untervermietung von Schiffstandplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Guido Trevisan (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3220/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Dr. Martin Mächler (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Weitervererben und das Untervermieten von Schiffstandplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich verhindert werden kann. Gleichzeitig soll geprüft werden wie ein Teil der freiwerdenden Standplätze den Meistbietenden zur Verfügung gestellt werden kann.

Guido Trevisan (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 80 gegen 34 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 19.12.2012: Neugestaltung Röschibachplatz, Verzicht auf die Einbahn-Verkehrsführung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Martin Bürlimann (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3456/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 49 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3784. 2013/39

Postulat von Alan David Sangines (SP) und Mario Mariani (CVP) vom 06.02.2013: Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alan David Sangines (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3602/2013).

Kurt Hüssy (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 6. März 2013 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 76 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3785. 2013/109

Postulat von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) vom 27.03.2013: Öffentliche Ausschreibung für die Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke

Von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) ist am 27. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke sichergestellt werden kann, dass ordnungsgemäss eine öffentlicher Ausschreibung durchgeführt wird.

Begründung:

In der Stadt Zürich wird die Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke «Zürisack» ohne Ausschreibung durchgeführt. Dabei haben Bespiele – u.a. in der Stadt Bern – gezeigt, dass durch eine Ausschreibung bis zu 30% Kosteneinsparungen erzielt werden können.

Die Kehrichtgebührensäcke werden aus Polyethylen und daher letztlich aus Erdöl hergestellt. Allerdings haben Studien ergeben, dass bei der Herstellung von Papier- und Stoffsäcken erheblich höhere Mengen an

Wasser und Energie verbraucht werden. Das Polyethylen dient heute zum einen der Verpackung und dem Transport des Kehrichts, es wird aber auch in der thermischen Verwertung zur Energiegewinnung oder Heizung genutzt.

Nun gibt es jedoch Kehrichtsäcke, die vorgängig auch noch für einen dritten Zweck, eine industriellen Nutzung (als Schrumpffolie, Tragtasche oder Abdeckfolie in der Landwirtschaft) eingesetzt werden. Durch industrielles Post Consumer Recycling kann der Rohstoff Polyethylen dreifach genutzt werden. Das Recycling des Polyethylens für die Herstellung der Kehrichtsäcke von Winterthur, Bern und anderen Gemeinden der Schweiz geschieht in einer Anlage mit 50.000 Tonnen Jahresproduktion und stellt einen wesentlichen technologischen Fortschritt im Kunststoffrecycling dar.

Diese Dreifachnutzung führt ökonomisch (siehe Bern) und ökologisch (Blauer Engel, UGRA Zertifikat) zu einem wesentlich verbesserten Ergebnis.

Mitteilung an den Stadtrat

3786. 2013/110

Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 27.03.2013: Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit

Von Dr. Richard Wolff (AL) ist am 27. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die bedeutende und wertvolle Kunstsammlung der Stadt Zürich vermehrt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich besitzt eine Kunstsammlung mit 35'156 Kunstwerken. Sie bietet laut Aussage der sie betreuenden Abteilung der Immo eine "exzellente Übersicht über das vielfältige und facettenreiche Kunstschaffen in Zürich" und repräsentiert das künstlerische Schaffen in Zürich in den letzten 100 Jahren. Die Sammlung wird laufend ergänzt durch die Ankäufe der Kunstkommission der Stadt Zürich.

Wenn die Werke nicht zufällig für eine externe Ausstellung ausgeliehen sind, können sie nur von den MitarbeiterInnen der Stadt Zürich und nur einzeln besichtigt werden. Sie werden heute nur als Schmuck in den Räumen der Stadt eingesetzt.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Zürichs "facettenreiches Kunstschaffen … der letzten 100 Jahre" nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Geprüft werden sollte unter anderem, wie in Kooperation mit privaten Initiativen (z.B. Art Dock) Räume bereitgestellt und attraktive Ausstellungen organisiert werden können.

Beispiel und Vorbild sei die Retrospektive "Weitblick 2013" im Güterbahnhof, welche mit Nachlässen von Trudi Demut und Otto Müller (Kunstpreisträger) und den befreundeten Wuhrsträsslern unsere grosse Epoche des Aufbruchs in die Moderne wieder auferleben lässt.

Die Schau beweist: Unser kulturelles Erbe ist absolut sehenswert – nur noch bis Ende April 2013!

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3787. 2013/111

Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP) vom 27.03.2013: Anlaufstellen für die Einbringung von Anregungen und Ideen zur Optimierung und Qualitätserhöhung im Zusammenleben

Von Marco Denoth (SP) ist am 27. März 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich bietet in verschiedenen Departementen und Dienstabteilungen Anlaufstellen wie personell besetzte Schalter, Homepages, Telefonnummern und dergleichen an, wo Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich Anregungen und Ideen zur Optimierung und Qualitätserhöhung im Zusammenleben einbringen können.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie viele solche Anlaufstellen gibt es und wo sind sie angesiedelt?
- 2. Wie ist der Zugang zu den Anlaufstellen (Internetformular, Telefon, Schalter und dgl.)?
- 3. Auf welche Weise werden die Anlaufstellen den Einwohnerinnen und Einwohnern bekannt gemacht? Gibt es dazu eine Strategie über die gesamte Verwaltung?
- 4. Gibt es Optimierungspotential, dass diese Anlaufstellen besser bekannt gemacht werden können?
- 5. Bekommt jede eingetroffene Anregung eine gebührende Antwort? In welcher Form?
- 6. Wie steht der Stadtrat zur Bürgerdemokratie und der Quartierpartizipation?
- 7. Sieht der Stadtrat Verbesserungen und Optimierungen dieser Anlaufstellen, eventuell auch eine Zentralisierung auf eine einzige Anlaufstelle für die gesamte Stadtverwaltung?

Mitteilung an den Stadtrat

3788. 2013/112

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) vom 27.03.2013:

Kriterien für eine öffentliche Ausschreibung der Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke

Von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) ist am 27. März 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Stadt Zürich wird die Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke «Zürisack» ohne Ausschreibung durchgeführt. Dabei haben Bespiele – u.a. in der Stadt Bern – gezeigt, dass durch eine Ausschreibung bis zu 30% Kosteneinsparungen erzielt werden können.

Die Kehrichtgebührensäcke werden aus Polyethylen und daher letztlich aus Erdöl hergestellt. Allerdings haben Studien ergeben, dass bei der Herstellung von Papier- und Stoffsäcken erheblich höhere Mengen an Wasser und Energie verbraucht werden. Das Polyethylen dient heute zum einen der Verpackung und dem Transport des Kehrichts, es wird aber auch in der thermischen Verwertung zur Energiegewinnung oder Heizung genutzt.

Nun gibt es jedoch Kehrichtsäcke, die vorgängig auch noch für einen dritten Zweck, eine industriellen Nutzung (als Schrumpffolie, Tragtasche oder Abdeckfolie in der Landwirtschaft) eingesetzt werden. Durch industrielles Post Consumer Recycling kann der Rohstoff Polyethylen dreifach genutzt werden. Das Recycling des Polyethylens für die Herstellung der Kehrichtsäcke von Winterthur, Bern und anderen Gemeinden der Schweiz geschieht in einer Anlage mit 50.000 Tonnen Jahresproduktion und stellt einen wesentlichen technologischen Fortschritt im Kunststoffrecycling dar.

Diese Dreifachnutzung führt ökonomisch (siehe Bern) und ökologisch (Blauer Engel, UGRA Zertifikat) zu einem wesentlich verbesserten Ergebnis.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Weshalb verzichtet der Stadtrat darauf, die Beschaffung der Kehrichtgebührensäcke öffentlich auszuschreiben und damit ökonomisch und ökologisch von neuen Technologien zu profitieren?
- 2. Aus welchen Gründen ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Beschaffung der Züri-Säcke nicht dem öffentlichen Beschaffungsrecht und dem Binnenmarktgesetz zu unterstellen sei?
- 3. Sind ökologische Kriterien wie das Zertifikat "Blauer Engel" und das Umweltzertifikat der UGRA "Enviromentally Friendly" für mindestens 80% recycliertes Rohmaterial Kriterien für die Beurteilung der Lieferanten?
- 4. Plant der Stadtrat, die Beschaffung der Züri-Säcke inskünftig öffentlich auszuschreiben?
- 5. Falls Frage 4 zustimmend beantwortet wird: wie würden die Kriterien Preis, Umweltzertifikat der UGRA "Enviromentally Friendly", das Zertifikat "Blauer Engel", OKS Zertifikat des schweizerischen Städtebundes, der Unternehmensstandort des Anbieters oder die Referenzen in der Offerte- Beurteilung gewichtet?
- 6. Welche anderen Kriterien sind für die Offerte-Beurteilung von Bedeutung?

3789. 2013/113

Schriftliche Anfrage von Alecs Recher (AL) vom 27.03.2013: Personenkontrollen durch die Stadtpolizei, Einhaltung und Kontrolle von Verhaltensregeln

Von Alecs Recher (AL) ist am 27. März 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadtpolizei hält auf offener Strasse bekanntlich öfters Personen an, insbesondere im Kreis 4 kann dies fast konstant beobachtet werden. Leider fällt dabei auf, dass die Polizei nicht nur vereinzelt elementare Anstandsregeln vermissen lässt. So werden Erwachsene immer wieder geduzt, in unflätigem Ton angeschnauzt, es wird ohne Anlass an ihnen herumgezupft und gezogen, Dialekt gesprochen gegenüber Personen die nur Schriftsprache verstehen etc. Auch die mehrfache Kontrolle der gleichen Person innert sehr kurzer Zeit wirft Fragen unnötigen Schikanierens von unliebsamen Personen auf. Dies sind alles leider keine vereinzelten Vorfälle. Sie sind aber dem Verhalten von Repräsentanten der Stadt Zürich nicht angemessen.

Die Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Zürich vom 14.10.1959 hielt unter dem Titel "Die Polizeibeamte im Verkehr mit der Bevölkerung" in Art. 3 noch explizit fest: "Höflichkeit ist Pflicht des Polizeibeamten. Er hat in und ausser Dienst mit der Bevölkerung anständig zu verkehren und das Ansehen seiner Stellung zu wahren." Auch wenn diese Verordnung mittlerweile ersetzt worden ist, so darf wohl mit Fug und Recht davon ausgegangen werden, dass Sinn und Geist von Art. 3 weiterhin Geltung haben sollen.

Auf diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist dem Stadtrat dieses Problem bekannt?
- 2. Welche Regeln im Verhalten gegenüber Personen, die unfreiwillig oder freiwillig mit der Polizei in Kontakt kommen, gelten in der Stadtpolizei?
- 3. Wie werden diese Regeln dem Personal kommuniziert?
- 4. Was unternimmt der Stadtrat, damit sich die Mitglieder des Korps an elementare Benimmregeln halten? Die Frage bezieht sich explizit nicht nur auf die Herausgabe von Erlassen, Richtlinien, Reglementen, etc., sondern auch und vorweg auf die Kontrolle der effektiven Situation an der Front und Beschwerdemechanismen.
- 5. Was unternimmt der Kommandant, damit sich die Mitglieder des Korps an elementare Benimmregeln halten? Die Frage bezieht sich explizit nicht nur auf die Herausgabe von Erlassen, Richtlinien, Reglementen, etc., sondern auch und vorweg auf die Kontrolle der effektiven Situation an der Front und Beschwerdemechanismen.
- 6. Wie wird sichergestellt, dass ein Mitglied einer Einsatzgruppe Fehlverhalten von Kolleg_innen melden kann, ohne Angst vor negativen Konsequenzen, insbesondere aus dem Kolleg_innenkreis, fürchten zu müssen?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

3790. 2012/496

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.12.2012:

Städtische Informationspraxis über die Drogenfunde in Asylantenunterkünften

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 187 vom 13. März 2013).

Schriftliche Anfrage von Gabriele Kisker (Grüne) vom 19.12.2012: Ateliers in der Roten Fabrik, Auflösung der Atelierkommission sowie künftige Vergabepraxis

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 220 vom 14. März 2013).

3792. 2013/29

Dringliche Schriftliche Anfrage von Alecs Recher (AL) und 29 Mitunterzeichnenden vom 30.01.2013:

Gestaltungsplan auf dem Areal Zollstrasse, Einflussnahme auf das entstehende Wohnangebot

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 230 vom 20. März 2013).

3793. 2013/44

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 06.02.2013: Immobilienbewirtschaftung der Stadt (IMMO), Standortliste zu allen Fremdmieten

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 251 vom 20. März 2013).

3794. 2012/342

Weisung vom 19.09.2012:

Liegenschaftenverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Herdernareal, Quartier Aussersihl, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 23. Januar 2013 ist am 1. März 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 3. April 2013.

Nächste Sitzung: 3. April 2013, 17 Uhr.